

## Nationalratswahl ´17: Ergebnisse der Inklusions-Analyse der Wahlprogramme

### **Das sagen die Wahlprogramme der Parteien zu Inklusiver Bildung, Inklusiver Arbeit, Persönlicher Assistenz, Pflegegeld**

(Wien, Do 28.9.2017) Im Rahmen der 50-Jahr-Feier der Lebenshilfe Österreich wurden gestern die Ergebnisse der Inklusions-Analyse der Wahlprogramme vorgestellt. In anwesend vieler Gäste aus Parteien, Ministerien, NGOs und aus den Lebenshilfen in ganz Österreich strich die Lebenshilfe heraus, welche Parteien die Teilhabe aller Menschen vorantreiben wollen und welche Schritte dabei laut Wahlprogrammen zu erwarten sind. Besonderes Augenmerk galt der Chancengleichheit von Menschen mit intellektuellen Behinderungen.

### **Wahlprogramme zeigen heterogene Parteienlandschaft hinsichtlich Inklusion**

„Im diesjährigen Wahlkampf zur Nationalratswahl gibt es zum einen Parteien, die die Inklusions-Agenden aktiv vorantreiben indem sie sich auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beziehen, zum anderen Parteien, die Menschen mit Behinderungen zwar als `Bereicherung für unsere Gesellschaft` sehen, jedoch ohne tatsächliche Umsetzungsvorschläge für ein inklusives Miteinander vorzulegen“, so Germain Weber, Präsident der Lebenshilfe Österreich und weiter: "Positiv ist zu bewerten, dass Persönliche Assistenz, die Erhöhung des Pflegegelds und die Notwendigkeit von einfacher Sprache von den Parteien mehrheitlich wahrgenommen werden. Es ist allerdings noch viel zu tun in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention! Die Lebenshilfe wird weiterhin die Rechte von Menschen mit Behinderungen mit aller Kraft einfordern."

### **Schule für alle: so denken die Parteien über Inklusive Bildung**

Inklusive Bildung nimmt eine Schlüsselrolle für die Umsetzung von Inklusion an, ist Voraussetzung für eine inklusive Arbeitswelt und selbstbestimmtes Leben.

„Im Bereich der inklusiven Bildung driften die Ansichten der Parteien weit auseinander. SPÖ und GRÜNE fordern die Umwandlung der Sonderschulen in Regelschulen und betrachten Bildung als Schlüssel für eine erfolgreiche Inklusion. Die ÖVP fördert die Segregierung, indem sie Begabten-Förderung und statt Inklusion den klassischen Integrations-Ansatz in den Vordergrund stellt. Hier wird

Chancengleichheit im Bereich Bildung nur im Sinne der Subsidiarität gewährleistet, was bedeutet, dass Schule nicht für alle da ist. Die NEOS dagegen sehen Schulen als Ort chancengerechter gesellschaftlicher Durchmischung. Die FPÖ hält an der Aufrechterhaltung von Sonderschulen fest und beruft sich auf das Argument der Wahlmöglichkeit, lehnt jedoch auch die Gesamtschule für 10- bis 14-Jährige ab“, analysiert Lebenshilfe-Generalsekretär Albert Brandstätter, "hier können turbulente Zeiten auf uns zukommen, insbesondere schwarz-blau würde eine Bremse für die Schule für alle bedeuten.“

## **Arbeit muss bezahlt werden: Forderung nach regulären Arbeitsverhältnissen**

Erwachsene Menschen mit Behinderungen arbeiten noch immer für ein Taschengeld ohne sozialversicherungsrechtliche Absicherung. „Die Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter der Lebenshilfe fordern voll sozialversicherungspflichtige Stellen, auch in den Werkstätten. Auch wenn laut ÖVP die Integrative Berufsausbildung und Teilqualifizierung ausgebaut werden soll, die Erhöhung von Taschengeld für Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, geht an der Forderung nach regulären Arbeitsverhältnissen deutlich vorbei. Diese wirkt dem Inklusionsgedanken und der Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes entgegen. Als Diskriminierungsschutz im Bereich Arbeit fordern die GRÜNEN eine Reform der Ausgleichssteuer und schlagen eine eigene AMS-Zielgruppe 'Menschen mit Behinderungen' vor. Die SPÖ will für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen mehr Budget zweckgewidmet sichern und Unternehmen unbürokratisch unterstützen. Die NEOS plädieren für die Einführung von Teilarbeitsfähigkeit, so können jene Menschen selbstbestimmter arbeiten, die nicht zu 100% arbeitsfähig sind und entlasten dabei noch den Sozialstaat. Im Wahlprogramm der FPÖ finden sich keine Vorschläge dazu. Gemessen an den Wahlprogrammen hoffen wir, dass es in der nächsten Zeit deutliche Fortschritte im Bereich der Inklusiven Arbeitswelt geben wird, das wäre auch volkswirtschaftlicher. Mischformen, beispielsweise kleine Angestelltenverhältnisse zusätzlich zur Arbeit in den Werkstätten, werden sich verstärkt etablieren können, wenn Bund und Länder gemeinsam an der Sache arbeiten“, unterstreicht Brandstätter.

## **Persönliche Assistenz für alle, die sie brauchen?**

Derzeit wird Persönliche Assistenz nicht für alle gewährleistet, die Unterstützung im Beruf, im Alltag und in der Freizeit brauchen um selbstbestimmt in allen Lebensbereichen handeln zu können.

„Der Bedarf an Persönlicher Assistenz wird von den Parteien neuerdings mehrheitlich wahrgenommen, die Notwendigkeit der bundeseinheitlichen Regelung sowie die Ausweitung auch für Menschen mit intellektuellen Behinderungen wird dabei speziell von der SPÖ und den GRÜNEN gefordert. Die ÖVP spricht sich für Persönliche Assistenz auch in der Freizeit aus, die FPÖ äußert sich nicht explizit zu diesem Thema. Die NEOS machen ebenso keine direkte Aussage dazu, sprechen allerdings von BürgerInnen-Geld, das die Selbstbestimmung des Einzelnen fördert und die Persönliche Assistenz für alle die sie brauchen finanzieren könnte. Eine Konsensfindung scheint in diesem Bereich in Zukunft möglich, hier erwarten wir uns keine großen politischen Widerstände“, schlussfolgert Regina Senarclens de Grancy, zuständig für Inklusionspolitik und Innovation bei der Lebenshilfe, aus den Wahlprogrammen.

## **Pflegegeld: Jährliche Wertanpassung ist notwendig**

„Damit das Pflegegeld zumindest im derzeitigen Wert erhalten wird, muss es jährlich mit der Inflation erhöht werden. Durch Nicht-Anpassung kam es in den letzten Jahren zu deutlichem Wertverlust, das heißt zu deutlichen Abstrichen bei der Versorgung pflegebedürftiger Personen. Selbst FPÖ etwa fordert dies schon länger, gescheitert ist das Vorhaben stets am Finanzministerium. Die NEOS schlagen sogar einen neuen Pflegefonds vor. Generell wollen alle Parteien bis auf die ÖVP die jährliche Wertanpassung des Pflegegeldes“, erläutert Brandstätter. Wir freuen uns über die Forderungen von SPÖ und GRÜNEN, die Pflege auf eine solide finanzielle Basis zu stellen und das Pflegegeld für schwerstbehinderte Kinder anzuheben.

## **Einfache Sprache: So verständlich sind die Wahlprogramme der Parteien**

Damit alle Österreicherinnen und Österreicher sich über die Ziele der wahlwerbenden Parteien informieren können, braucht es Informationen in einfacher Sprache. Das bedeutet einerseits die leicht verständliche Ausdrucksweise, andererseits die Layoutierung in großer Schriftart und ohne Kontraste.

„Im Bereich einfache Sprache nehmen wir allgemein eine positive Entwicklung wahr. Waren bislang die Grünen Vorreiter in der Veröffentlichung von Informationen in einfacher Sprache, ist das Bewusstsein für deren Notwendigkeit heuer erstmals bei mehreren Parteien zu beobachten. Das Programm der NEOS ist klar zu lesen, es liegt auch eine Leichter Lesen-Version des Wahlprogramms vor. Die GRÜNEN haben sowohl einen gut strukturierten Schriftsatz wie sogar mehrere Varianten von

Leichter Lesen-Versionen, beispielsweise auch eine Version in Braille-Schrift. Das Programm der FPÖ ist in einfacher Sprache gehalten und auch formal gut zu lesen. Auch die ÖVP verwendet eine klare Sprache, allerdings ist das Programm an vielen Stellen schwer zu lesen, etwa wenn kleine Schrift in weiß auf gelb oder in weiß auf türkis gedruckt sind. Die SPÖ hält sich an Formulierungen in einfacher Sprache, die Schrift ist dagegen eher klein und mit unübersichtlicher Graphik ausgestaltet. Das Bewusstsein für klare, einfache Sprache wächst, allerdings ist sicher, dass die Wahlprogramme nicht allen Österreicherinnen als gute Wahlinformationen dienen", fasst Brandstätter zusammen.

Mehr Infos und Details zur Inklusions-Analyse der Wahlprogramme:

[www.lebenshilfe.at](http://www.lebenshilfe.at)

## Rückfragehinweis:

Lebenshilfe Österreich

MMag. Katleen Luger

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

01/812 26 42 - 79 oder 0676/658 66 13

[luger@lebenshilfe.at](mailto:luger@lebenshilfe.at)

[www.lebenshilfe.at](http://www.lebenshilfe.at)

[www.facebook.com/lebenshilfe.inklusion](https://www.facebook.com/lebenshilfe.inklusion)

## Pressemitteilung in einfacher Sprache

### Wahl 2017: So inklusiv sind die Wahlprogramme der Parteien

Die Lebenshilfe hat sich die Wahlprogramme genau angesehen. Die Wahlprogramme zeigen, was die Parteien in Zukunft für Inklusion tun wollen.

Es gibt Parteien, die konkrete Ziele zur Umsetzung vorschlagen.

Andere Parteien gehen wenig bis gar nicht auf Inklusion ein.

Die Ergebnisse wurden erstmals bei der Geburtstagsfeier der Lebenshilfe am Donnerstag 28. September vorgestellt.

## **Inklusive Bildung**

Die SPÖ und die GRÜNEN machen sich für Inklusive Bildung stark.

Auch die NEOS sehen Schulen als Ort für alle.

Nur ÖVP und FPÖ setzen sich nicht für eine Schule für alle ein.

## **Inklusive Arbeit**

Arbeit muss bezahlt werden. Wir wollen volle Sozial- und Pensionsversicherung. Das sehen auch die SPÖ, die GRÜNEN und die NEOS so. Die ÖVP dagegen will nur das Taschengeld in den Werkstätten erhöhen.

## **Persönliche Assistenz**

Individuelle Unterstützung ist an die eigenen Bedürfnisse angepasst ist. Man merkt, dass dieses Thema den meisten Parteien wichtig ist. Wir erwarten, dass es in Zukunft hier positive Entwicklungen geben wird.

## **Pflegegeld**

Die Erhöhung des Pflegegeldes wird schon seit längerem gefordert, selbst von der FPÖ. Die Umsetzung scheiterte stets an den Finanzen. Bis auf die ÖVP haben alle Parteien diese Forderungen in ihre Wahlprogramme aufgenommen. SPÖ,

NEOS und GRÜNE wollen genug Geld dafür geben, dass Pflege auch in der Zukunft gut abgesichert ist, und besonders Familien mit schwerstbehinderten Kindern helfen.

## **Einfache Sprache: Wie verständlich sind die Wahlprogramme?**

Das Bewusstsein für einfache Sprache wächst.

Früher waren es nur die GRÜNEN, die sich um klare Sprache bemüht haben.

Mittlerweile bemühen sich alle Parteien um einfache Ausdrucksweise. Die NEOS haben das Wahlprogramm in einfache Sprache übersetzt. Bei den GRÜNEN gibt es sogar mehrere Leichter Lesen-Versionen und eine in Braille-Schrift.

## **Rückfragehinweis:**

Lebenshilfe Österreich

MMag. Katleen Luger

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

01/812 26 42 - 79 oder 0676/658 66 13

<mailto:luger@lebenshilfe.at>

[www.lebenshilfe.at](http://www.lebenshilfe.at)

[www.facebook.com/lebenshilfe.inklusion](http://www.facebook.com/lebenshilfe.inklusion)